# Landtag von Baden-Württemberg

Drucksache 14/7144 09, 11, 2010

1

14. Wahlperiode

### **Antrag**

des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU, des Abg. Walter Krögner SPD, der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP

und

## Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

# Finanzierung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

- welche Nichtregierungsorganisationen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg tätig sind und welchen Stellenwert sie den Aktivitäten dieser Organisationen beimisst;
- 2. welche Haushaltsansätze bei welchen Ressorts und bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bereit stehen und wie sich die Mittelansätze insgesamt innerhalb der vergangenen zehn Jahre entwickelt haben;
- 3. in welchem Umfang und im Rahmen welcher Projekte für die UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zur Verfügung stehende Mittel (z. B. aus Einnahmen der Glücksspirale) in den Themenbereich entwicklungspolitische Bildung geflossen sind bzw. hierfür zur Verfügung stehen;
- 4. welche Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen bestehen, bei Landeseinrichtungen (inkl. Stiftungen des Landes) Fördermittel für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu beantragen (aufgeschlüsselt nach Ressorts/Einrichtungen mit Nennung der Förderkriterien);

Eingegangen: 09. 11. 2010 / Ausgegeben: 21. 12. 2010

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

- 5. ob ihr bekannt ist, dass die Bewilligung von Fördermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und der EU für mehrjährige Projekte im Bereich des Globalen Lernens eine Kofinanzierung voraussetzt und welche Maßnahmen in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang mit Landeszuschüssen umgesetzt bzw. welche Projekte mangels Kofinanzierung nicht durchgeführt werden konnten;
- 6. welche Mittel für die Kooperation zwischen Schulen bzw. Kindergärten und Nichtregierungsorganisationen im Bereich entwicklungspolitische Bildung zur Verfügung stehen und genutzt werden (mit Angabe in welchem Umfang dabei Lehrbeauftragtenmittel für entwicklungspolitische Bildung genutzt werden beziehungsweise welche Hemmnisse Lehraufträgen in diesem Bereich entgegenstehen);
- welche Mittel für welche Maßnahmen der Lehrerinnen- und Lehreraus- und -fortbildung im Bereich des globalen Lernens zur Verfügung stehen bzw. genutzt werden;
- 8. welche Möglichkeiten sie sieht, um die nicht-staatlichen Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit längerfristig zu stärken und wie sie in diesem Zusammenhang die Initiative Inlandsarbeit des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) bewertet;
- welche Strukturen und Finanzierungsinstrumente und -quellen (inkl. Stiftungen) andere Bundesländer etabliert haben, um Globales Lernen und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Fläche umzusetzen.

09.11.2010

Dr. Lasotta CDU Krögner SPD Dr. Splett, Rastätter GRÜNE Kleinmann FDP/DVP

### Begründung

In Baden-Württemberg besteht ein breites Spektrum von Akteuren und Angeboten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Allerdings stehen im Landesetat seit 2006 keine Mittel für die Bezuschussung von Projekten in diesem Bereich mehr zur Verfügung. Auch eine entsprechende Förderlinie der Landesstiftung ist mittlerweile ausgelaufen. Allein die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) verfügt über Fördermöglichkeiten, die die Nachfrage nicht befriedigen können. Die Nichtregierungsorganisationen und entwicklungspolitisch aktiven Verbände klagen über Schwierigkeiten, die bei der Akquise von Bundes- und EU-Mitteln entstehen, weil die erforderliche Kofinanzierung in Höhe von 25 Prozent der Maßnahmenkosten von Seiten des Landes nicht gegeben ist. Das Kultusministerium ist gehalten, den von der Kultusministerkonferenz am 14. Juni 2007 verabschiedeten Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung praktisch umsetzen und flächendeckend im Land ein entsprechendes Aus- und Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten anzubieten. Dabei sollte sichergestellt werden, dass künftig allen Schulen dezentrale, flexible und auf den Bildungsplan bezogene Angebote zur Verfügung gestellt werden können. Die Erfahrungen anderer Bundesländer können dabei hilfreich sein. In jedem Fall brauchen Globales Lernen an den Schulen wie auch Initiativen und Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen und Verbänden der Zivilgesellschaft eine verlässliche Grundlage für ihre Arbeit. Der Antrag soll dazu dienen, die bereits bestehenden Möglichkeiten der finanziellen Förderung durch das Land

offenzulegen, mögliche Defizite zu identifizieren und Handlungsfelder zur Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Land in den Blick nehmen. Zu prüfen ist, wie der unbestritten und über die Fraktionsgrenzen hinweg festgestellte hohe Stellenwert der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sich künftig wieder stärker in den Fördermöglichkeiten im Landeshaushalt niederschlagen kann.

#### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 14. Dezember 2010 Nr. 1-3550/43/2 nimmt das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Staatsministerium, dem Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und dem Sozialministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

1. welche Nichtregierungsorganisationen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg tätig sind und welchen Stellenwert sie den Aktivitäten dieser Organisationen beimisst;

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird durch entwicklungspolitische Initiativen, Vereine, Weltläden, kirchliche Gruppen, Landeskirchen, Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, wie Brot für die Welt und InWEnt, sowie politische Stiftungen und akademische Einrichtungen wie das Arnold-Bergstraesser-Institut an der Universität Freiburg und die Universität Hohenheim im Rahmen ihres Engagements im Bereich der partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichem Umfang geleistet.

Neben den zahlreichen baden-württembergischen, vielfach privaten und auf ehrenamtlicher Basis tätigen Initiativen haben einige Institutionen wie zum Beispiel der "Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V." (DEAB), das "Entwicklungspolitische Informationszentrum" in Reutlingen (EPIZ) und das "forum für internationale entwicklung und planung" (finep) auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt.

Die genaue Anzahl der entwicklungspolitisch aktiven Initiativen in Baden-Württemberg lässt sich nicht angeben, aber allein auf der Plattform Entwicklungszusammenarbeit, die die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) auf ihrer Website anbietet, haben sich bisher über tausend Institutionen, Vereine, kirchliche Gruppen und Weltläden eingetragen.

Im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" 2005 bis 2014 sind im Netzwerk "Nachhaltigkeit lernen" die folgenden entwicklungspolitischen Bildungsakteure eingebunden:

- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB)
- Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt (LAK)
- Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)
- Internationale Entwicklung- und Weiterbildung gGmbH (InWEnt)

<sup>\*)</sup> Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Besonders bei dem Querschnittsthema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) spielen die Akteure aus dem entwicklungspolitischen Bildungsbereich eine wichtige Rolle. Dies wurde beispielsweise im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Aktionsplans "Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg" deutlich. Dieses Projekt wurde im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes durchgeführt. Der Landesarbeitskreises "Schule für Eine Welt" hat bei diesem Projekt den Co-Vorsitz übernommen.

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich die Arbeit der entwicklungspolitischen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und der Kirchen. Ihr Engagement und ihr Angebot auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist ein unverzichtbarer Beitrag zur entwicklungspolitischen Aufklärung und Bildung im Land.

Die Landesregierung und die SEZ unterstützen die Arbeit dieser Akteure und kooperieren mit ihnen bei ihren entwicklungspolitischen Maßnahmen im Bereich der Bildungsarbeit (siehe hierzu Fragen 2 und 3).

- 2. welche Haushaltsansätze bei welchen Ressorts und bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) für Maβnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bereit stehen und wie sich die Mittelansätze insgesamt innerhalb der vergangenen zehn Jahre entwickelt haben;
- 6. welche Mittel für die Kooperation zwischen Schulen bzw. Kindergärten und Nichtregierungsorganisationen im Bereich entwicklungspolitische Bildung zur Verfügung stehen und genutzt werden (mit Angabe in welchem Umfang dabei Lehrbeauftragtenmittel für entwicklungspolitische Bildung genutzt werden beziehungsweise welche Hemmnisse Lehraufträgen in diesem Bereich entgegenstehen);

Das Wirtschaftsministerium leistete bis zum Jahr 2007 einen erheblichen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung durch die Finanzierung der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ). Es führte der SEZ seit ihrer Gründung im Jahr 1991 jährliche Finanzierungsbeiträge in Höhe von 306.775 Euro zu. Im Januar 2007 wurde das Stiftungskapital in Höhe von 4.090.335 Euro seitens des Wirtschaftsministeriums voll eingezahlt. Auf dieser Grundlage konnte die SEZ ihren Aufgaben als Ansprechpartnerin und Dienstleisterin für alle entwicklungspolitisch Engagierten und Interessierten im Land nachkommen.

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) wurde als gemeinnützige, unabhängige und selbstständige Stiftung des Landes errichtet. Ihr Auftrag ist es, die baden-württembergische Bevölkerung für globale Themen zu sensibilisieren, das vielerorts vorhandene Eine-Welt-Engagement zu fördern sowie neue Initiativen zu initiieren. Großes Augenmerk legt die SEZ auf die Stärkung des Ehrenamtes als wesentliche Stütze entwicklungspolitischer Aktivitäten.

Ihr Angebot zielt auf Professionalisierung durch kompetente Beratung, Weiterbildungsseminare und Supervision. Als "Servicestelle Eine Welt" bietet die SEZ individuelle und qualifizierte Beratung rund um die Nord-Süd-Thematik für entwicklungspolitisch Interessierte und Engagierte, ganz gleich ob diese als Privatpersonen, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Schulen, Unternehmen, kirchliche und private Aktionsgruppen oder Weltläden Rat suchen. Unter entwicklungspolitischen Fragestellungen wird eine breite Öffentlichkeit zu Podiumsgesprächen, Fachsymposien sowie Informationsveranstaltungen eingeladen. Des Weiteren fördert die SEZ die Diskussion über die Ausgestaltung der Zukunft mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

In den vergangenen zehn Jahren hat die SEZ eine ganze Reihe neuer Projekte im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit entwickelt und realisiert, so z. B. das Freiburger Symposium zu Entwicklungsfragen, eine jährliche Podiumsdiskussion auf der Touristikmesse CMT, die Reihe Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit mit der IHK Bodensee-Oberschwaben, die landesweite kommunale Initiative Meine Welt. Deine Welt. Eine Welt., die online basierte Lernplattform Ch@t der Welten (in Kooperation mit InWEnt, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Kultusministerium Baden-Württemberg), die Messe

FAIR HANDELN, die Wanderausstellung "MENSCHEN IN DER EINEN WELT", das Stuttgarter Forum für Entwicklung, Benefizkonzerte oder den Online-Rundbrief SEZletter sowie den Relaunch der SEZ-Website, die nun noch mehr Möglichkeiten der Information, wie z.B. die Plattform "Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg" bietet.

Die Haushaltsansätze der SEZ für entwicklungspolitische Bildungsarbeit entwickelten sich in den letzten zehn Jahren wie folgt:

Haushaltsjahr	Gesamtkosten für entwicklungspolitische Bildungsarbeit der SEZ (Veranstaltungen, NRO-Förderung, Personal- und Sachaufwand)
2000	333.767,03 €
2001	358.450,00 €
2002	603.600,00 €
2003	402.675,66 €
2004	445.195,00 €
2005	607.105,00 €
2006	609.760,00 €
2007	790.260,00 €
2008	811.260,00 €
2009	1.171.100,00 €

Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums der Jahre 2007/2008 wurde die frühere Titelgruppe 81 – Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern nach Einzahlung des SEZ-Stiftungskapitals – vollständig gestrichen. Dennoch unterstützte das Wirtschaftsministerium im Rahmen des Möglichen in den vergangenen Jahren weiterhin Maßnahmen der Informations- und Bildungsarbeit in Baden-Württemberg, wie beispielsweise das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE) oder verschiedene Projekte im Bereich des fairen Handels und der fairen Beschaffung.

Seit dem Jahr 2009 stehen dem Wirtschaftsministerium wieder Mittel in geringem Umfang für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

Eine gesonderte Ausweisung der Mittelansätze für entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist in den Haushalten der mit der Entwicklungszusammenarbeit des Landes befassten Ressorts nicht erfolgt. Daher wird nachfolgend der jeweilige Gesamtjahresansatz für Entwicklungszusammenarbeit der letzten zehn Jahre aufgeführt:

Im Einzelplan 07 (Kapitel 0702, Titelgruppe 81 – Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern –) des Wirtschaftsministeriums waren in den letzten 10 Jahren folgende Haushaltsansätze für Entwicklungszusammenarbeit ausgewiesen.

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz WM
2000	7.794.000 DM
2001	7.805.000 DM
2002	2.795.600 €
2003	1.738.600 €
2004	1.211.200 €
2005	894.600 €
2006	695.500 €

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz WM
2007	4.090.400 €
	(Einzahlung Stiftungskapital SEZ)
2008	0€
2009	125.000 €
2010	160.000 €
2011	140.000 €

Die Aufgaben des Kultusministeriums im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg haben sich im Verlauf der letzten zehn Jahre grundlegend geändert. Während bis Anfang der 90er-Jahre die Mittel für den Einsatz von Kurz- und Langzeitexperten überwiegend aus den Projektmitteln des federführenden Wirtschaftsministeriums stammten und das Kultusministerium seinen Beitrag in Form von Fachkräften stellte, wurden diese seit Beendigung der Landesprojekte des Wirtschaftsministeriums in Schulpartnerschaften überführt.

Die dem Kultusministerium für diese Schulpartnerschaften im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel sind im Vergleich zu den ehemaligen Projektmitteln des Wirtschaftsministeriums nur sehr gering; in der Regel werden pro Partnerschaft jährlich Mittel in Höhe von 2.000 bis 5.000 Euro (je nach Projekt und Umfang) zur Verfügung gestellt, die für Schulungsmaßnahmen in Baden-Württemberg und in den Entwicklungsländern eingesetzt werden

Beispielhaft für eine nachhaltige Schulpartnerschaft ist das Projekt der Gewerblichen Schule für Holztechnik in Stuttgart mit Brasilien: Seit 1999 arbeitet die Fachschule für Holztechnik mit der brasilianischen Schule "Centro de Tecnologia da Madeira e do Mobiliário" in Paraná zusammen. Seitdem existiert eine rege Projektpartnerschaft, in der zusammen mit einem externen Partner – einem Unternehmen aus dem Möbelbereich – Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Holztechnik gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Brasilien Möbelprojekte bis zur Markteinführung planen und ausführen. Im Jahre 2009 erhielt die Gewerbliche Schule aus den Mitteln für entwicklungspolitische Zusammenarbeit einen Betrag in Höhe von 5.000 Euro.

Im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen des Landes wurden die den Schulen zur Verfügung stehenden Mittel in den vergangenen Jahren regelmäßig gekürzt, was zur Folge hat, dass die Maßnahmen der Schulen nicht mehr in vollem Umfang gefördert werden und der Eigenanteil der Schulen ständig zunimmt. Dies wiederum hat dazu geführt, dass einzelne Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit nicht weitergeführt werden konnten. So wurde beispielsweise die langjährige Zusammenarbeit der Balthasar-Neumann-Schule II in Bruchsal mit dem Textilzentrum Denden in Tunesien nach mehrjähriger Zusammenarbeit eingestellt. Eine weitere Reduzierung der Mittel wird diesen Prozess noch beschleunigen und die Nachhaltigkeit bei ehemaligen Landesprojekten infrage stellen.

Die *Haushaltsbeiträge des Kultusministeriums* im Kapitel 0441 Titelgruppe 91 (Nr. 8): "Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung" der letzten zehn Jahre im Überblick (laut Haushaltsplan sind davon nur jeweils 50 Prozent für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vorgesehen):

Haushaltsjahr	Haushaltsansatz internationale Zusammenarbeit insgesamt (100%)	Haushaltsansatz entwicklungs- politische Zusammenarbeit (50%)
2001	250.000 DM	125.000 DM
2002	127.800 €	63.900 €
2003	177.800 €	88.900 €
2004	177.800 €	88.900 €
2005	117.800 €	58.900 €
2006	117.800 €	58.900 €
2007	103.900 €	51.950 €
2008	103.900 €	51.950 €
2009	103.900 €	51.950 €
2010	90.000 €	45.000 €

Bei Kapitel 0441 Titelgruppe 92 sind in den letzten Jahren die folgenden Haushaltsansätze ausgewiesen:

Haushaltsjahr	Haushaltsansätze bei Kap. 0441 Titelgr. 92 für Intern. Institut für Berufsbildung Mannheim sowie für Stipendien etc.
2001	2.032.700 DM
2002	954.300 €
2003	955.100 €
2004	905.800 €
2005	893.400 €
2006	896.800 €
2007	1.154.200 €
2008	1.085.200 €
2009	1.169.800 €
2010	1.043.000 €

Dem Kultusministerium stehen keine Mittel für Lehrbeauftragte für die entwicklungspolitische Bildung zur Verfügung. Entwicklungspolitische Themen sind integriert in die Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte z.B. der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung. Die Ausbildung erfolgt durch erfahrene Lehrkräfte, die ganz oder mit einem Teil ihres Deputats am Seminar arbeiten, eine Quantifizierung des Ressourcenaufwands für entwicklungspolitische Themen ist nicht möglich.

Auch im Haushaltsplan des *Wissenschaftsministerium*s sind Mittel zur "Förderung der Entwicklungszusammenarbeit" veranschlagt. Der Ansatz beträgt im Jahr 2010 2.309.100 Euro. Mit diesen Mitteln werden der Austausch von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern sowie der Export deutscher Studienangebote ins Ausland gefördert.

Hinzu kommen im Haushaltsjahr 2010 rund 630.000 Euro, die vom Wissenschaftsministerium aus den zentralen Forschungsmitteln für Forschungsprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Anbahnung von Projekten bereitgestellt worden sind.

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre entwickelten sich die Mittelansätze wie folgt:

Haushaltsjahr	Gesamtjahresansatz MWK
2000	2.411.800 €
2001	2.416.800 €
2002	2.321.600 €
2003	2.326.600 €
2004	2.360.600 €
2005	2.360.600 €
2006	2.330.600 €
2007	2.366.200 €
2008	2.379.100 €
2009	2.379.100 €
2010	2.309.100 €
2011	2.309.100 €

Dem *Staatsministerium* stehen für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Einzelplan 02 Titel 0202.68570 folgende Mittel zur Verfügung:

2011: 400.000 ∈ 2010: 400.000 ∈ 2009: 250.000 ∈ 2008 und früher: 0 ∈

Diese Mittel dienen insbesondere der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und einzelnen Entwicklungsländern, zu denen Baden-Württemberg besondere Beziehungen unterhält, wie beispielsweise Burundi. Mit der Unterstützung und Initiierung von Projekten in Afrika, südlich der Sahara, soll ein Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Situation armer Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern geleistet werden. Die SEZ hat den Auftrag übernommen, die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu fördern, zu begleiten und zu koordinieren.

Im Bereich des *Ministeriums für Ländlichen Raum* gibt es im Kapitel 0802 Titelgruppe 93 "Entwicklungszusammenarbeit" (ab 2007 "Entwicklungszusammenarbeit und andere Maßnahmen mit dem Ausland") keinen gesonderten Haushaltsansatz für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Demnach wurden nur wenige Maßnahmen mit entwicklungspolitischem Inhalt für ausländische Experten durchgeführt. Ab 2003 wurden in nur noch wenigen Fällen geringe Zuschüsse bewilligt (bis maximal 1.000 Euro).

Dem *Sozialministerium* stehen bereits seit 2004 keine eigenen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mehr zur Verfügung. Die Mittel waren veranschlagt zur Unterstützung von Entwicklungsländern, insbesondere zur Förderung von Projekten der basismedizinischen Versorgung, d.h. für entwicklungspolitische Bildungsarbeit standen keine Mittel zur Verfügung.

3. in welchem Umfang und im Rahmen welcher Projekte für die UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zur Verfügung stehende Mittel (z.B. aus Einnahmen der Glücksspirale) in den Themenbereich entwicklungspolitische Bildung geflossen sind bzw. hierfür zur Verfügung stehen;

In den Jahren 2009 und 2010 wurden für entwicklungspolitische Bildungsakteure im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerkes "Nachhaltigkeit lernen" für die folgenden Projekte finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt:

- Veranstaltung "Gärten der Welt" Kooperationspartner des Umweltbildungszentrums Listhof und des Entwicklungspädagogischen Informationszentrums (EPIZ), (24. September 2009) Finanzielle Unterstützung: 577,92 Euro.
- Fachtagung "Migrantinnen und Migranten als Akteure und Partner in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit" Kooperationspartner: Stadt Stuttgart, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), (23./24. April 2010 in Stuttgart) Finanzielle Unterstützung: 3.000 Euro.
- Fortbildungsveranstaltung der UNESCO-Projektschulen in Baden-Württemberg "Paten, Partner und Projekte Wege zu internationaler Begegnung mit allen Sinnen", Projektpartner: UNESCO-Projekt-Schulen BW und InWEnt (Bad Wildbad, 5. bis 7. Juli 2010) Finanzielle Unterstützung: 1.627,60 Euro.
- Laufendes Projekt: "BNE-Scout 24" (Arbeitstitel Aufbau einer Internetdatenbank zu Serviceangeboten außerschulischer Bildungspartner zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bezug zu den Bildungsplänen für die allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg) Kooperationspartner: Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen (EPIZ), InWEnt und die SEZ. Für die Umsetzung stehen 10.000 Euro zur Verfügung.

Über die Vergabe der Mittel entscheidet das Netzwerk "Nachhaltigkeit lernen". Voraussetzung für die Mittelinanspruchnahme ist die Mitarbeit im Netzwerk. Über die Mitgliedschaft im Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) sind weitere Nichtregierungsorganisationen an die Koordinierungsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung angebunden. Für den Zeitraum 2008 bis 2011 stehen pro Jahr 30.000 Euro zur Verfügung. Darüber hinaus stehen keine gesonderten Haushaltsmittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zur Verfügung.

Die für Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerkes "Nachhaltigkeit lernen" sowie zur Einrichtung der zivilgesellschaftlichen Ergänzung der Koordinierungsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stehenden Mittel wurden im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zur Verfügung gestellt. In diesem Kontext ist das Kultusministerium mit 50 Prozent an den Gesamtkosten beteiligt (Kofinanzierung).

Auch aus den Mitteln der Glücksspirale des *Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr* wurden in den vergangenen Jahren im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" verschiedene Projekte unterstützt. Bei den Bildungsmaßnahmen und Projekten im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung wird ein integrativer Ansatz verfolgt; eine eindeutige Zuordnung zum Themenbereich "Entwicklungspolitische Bildung" ist daher nicht möglich.

Folgende Projekte wurden beispielsweise unterstützt:

- Ende 2008/Anfang 2009 wurden gemeinsam mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in den Regierungspräsidien schulartübergreifende Veranstaltungen zum Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung – Eine zentrale Themen- und Aufgabenstellung für die Schule" in Kooperation mit dem EPIZ durchgeführt. An diesen Veranstaltungen haben jeweils ca. 50 bis 60 Lehrkräfte teilgenommen.
- Im Rahmen des Ausbildungsprogramms Schülermentoren für den Natur- und Umweltschutz mit Schwerpunkt Klimaschutz wurde ein Experte vom Deutschen Entwicklungsdienst beteiligt, der vom EPIZ vermittelt wurde.

- Bei der Fachveranstaltung zum Dekade-Thema 2010 "Geld", die gemeinsam mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz sowie der Stiftung Naturschutzfonds durchgeführt wurde, wurden auch Referenten aus dem entwicklungspolitischen Bereich (z. B. Oikocredit) eingebunden.
- Es wurden Bildungsmaterialien, z. B. Themenhefte "Wasser", "Geld und Nachhaltigkeit" oder "Ressourcenverbrauch" für die allgemeinbildenden Schulen herausgegeben, die auch globale Aspekte berücksichtigen.
- Im Jahr 2010 wurde ein Förderprogramm "Förderung beispielhafter Projekte für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung" für gemeinnützige Initiativen in Höhe von 150.000 Euro aufgelegt. Auch hier ist der integrative Ansatz einer "Bildung für nachhaltige Entwicklung" Voraussetzung. Das Programm steht auch Akteuren aus dem entwicklungspolitischen Bereich offen.
- 4. welche Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen bestehen, bei Landeseinrichtungen (inkl. Stiftungen des Landes) Fördermittel für Maβnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu beantragen (aufgeschlüsselt nach Ressorts/Einrichtungen mit Nennung der Förderkriterien);

Die SEZ bietet neben einer ideellen auch eine finanzielle Unterstützung für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit von privaten Trägern in Baden-Württemberg an. Hierzu gehören insbesondere Aktivitäten und langfristig angelegte Maßnahmen, die geeignet sind, direkt oder über Multiplikatoren Personen zu erreichen, die sich bisher mit entwicklungspolitischen Problemen nicht oder nur wenig befasst haben. Jährlich wurden und werden 16.000 Euro aus eingeworbenen freien Spendenmitteln für Anträge bis zu 400 Euro bereit gestellt. Die konkreten Förderbedingungen können den "Richtlinien zur Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben im Bildungsbereich privater baden-württembergischer Träger" der SEZ entnommen werden.

Die *Baden-Württemberg Stiftung* hat in der Vergangenheit mehrere Ausschreibungen für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit durchgeführt. Gegenwärtig ist jedoch keine Ausschreibung offen. Eine neue Programmlinie zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist zurzeit in Vorbereitung.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gewährt zwar keine Fördermittel für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, sie führt jedoch Kooperationsprojekte mit Regierungsstellen und mit Nichtregierungsorganisationen in einigen der ärmsten Länder Ost- und Südosteuropas durch, die darauf gerichtet sind, Lehrkräften und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Bildung aus diesen Ländern Wissen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und der EU zu vermitteln und durch die Intensivierung des bildungspolitischen Austausches zu den dortigen Reformprozessen beizutragen.

Darüber hinaus ist es im Rahmen von Kooperationen mit der Landeszentrale für politische Bildung grundsätzlich auch für Nichtregierungsorganisationen möglich, Bildungsangebote mit entwicklungspolitischen Themen zu realisieren, zum Beispiel durch Seminare im Tagungszentrum "Haus auf der Alb" in Bad Urach. Ferner werden Themen wie Globalisierung und Globales Lernen in vielen Seminaren aufgegriffen.

Zu erwähnen ist außerdem, dass die Landeszentrale auch durch Bildungsreisen in Entwicklungsländer einen Beitrag zur besseren Information der baden-württembergischen Bevölkerung über die Entwicklungspolitik leistet.

Die Haushaltsmittel des *Kultusministeriums* reichen nicht aus, um die bereits laufenden Projekte ausreichend zu bezuschussen und die bei Kapitel 0441 Titelgruppe 92 im Staatshaushaltsplan für Baden-Württemberg ausgebrachten Mittel "Aufwand für Maßnahmen der Bildungshilfe für Entwicklungsländer" (hier: insbesondere Stipendien an Angehörige der Entwicklungsländer, Sachaufwand für das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim) sind von der Zweckbestimmung her grundsätzlich nicht geeignet, um Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen für Bildungsarbeit in Schulen Baden-Württembergs zu vergeben (siehe hierzu auch Frage 2).

Auch in allen anderen mit Fragen der Entwicklungszusammenarbeit befassten Ressorts können derzeit über die in den Antworten zu den Fragen zwei und drei aufgeführten Programme und Projekte hinaus, aufgrund nicht oder nicht ausreichend vorhandener Haushaltsmittel keine weiteren Fördermittel für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit beantragt werden.

5. ob ihr bekannt ist, dass die Bewilligung von Fördermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und der EU für mehrjährige Projekte im Bereich des Globalen Lernens eine Kofinanzierung voraussetzt und welche Maßnahmen in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang mit Landeszuschüssen umgesetzt bzw. welche Projekte mangels Kofinanzierung nicht durchgeführt werden konnten;

In den letzten Jahren wurden im Geschäftsbereich des *Kultusministeriums* folgende Projekte im Bereich des Globalen Lernens mit Landeszuschüssen umgesetzt:

Seit dem Jahr 2005 konnte aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit (Kapitel 0441 Titelgruppe 92) ein jährlicher Landesbeitrag in Höhe von 7.500 Euro für das Schülerprojekt "Ch@t der Welten" gewährt werden, das von InWEnt gGmbH (Regionalbereich Stuttgart) federführend durchgeführt wird. Dieses erfolgreiche Projekt soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich "Globale Entwicklung", der im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt wurde, wurde im Herbst 2008 (Ende November/Anfang Dezember) in Baden-Württemberg über vier zentrale Multiplikatorentagungen implementiert. Circa 80 Fachberaterinnen und Fachberater aller Schularten und Lehrbeauftragte an den Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung haben diese Veranstaltungen besucht. Sie decken über ihre jeweilige Fakultas alle Bereiche des Orientierungsrahmens ab (Sachunterricht, Biologie, Geographie, politische Bildung, Religion, Ethik und Wirtschaft). Die Teilnehmer an den Tagungen wurden beauftragt, den Lernbereich der Globalen Entwicklung als durchgängiges Prinzip in Dienstbesprechungen und bei ihren Aus- und Fortbildungsaktivitäten zu berücksichtigen und Bildung für nachhaltige Entwicklung damit in die Fläche zu bringen. Die finanziellen Mittel für diese Veranstaltungen wurden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Das Kultusministerium trug die entstehenden Personalkosten.

Aktuell plant das Kultusministerium zur Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung ein Projekt in der beruflichen Bildung. Ein Projektantrag soll noch in diesem Jahr an das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit gestellt werden.

Der Landesregierung ist im Übrigen nicht bekannt, ob und welche Projekte in den letzten Jahren mangels Kofinanzierung nicht durchgeführt werden konnten.

7. welche Mittel für welche Maßnahmen der Lehrerinnen- und Lehreraus- und -fortbildung im Bereich des Globalen Lernens zur Verfügung stehen bzw. genutzt werden;

In der Lehrerausbildung ebenso wie in der Lehrkräftefortbildung wird der Themenbereich "Globales Lernen" regelmäßig mit spezifischen Angeboten und als Querschnittsthema in geeigneten Fachfortbildungen berücksichtigt.

Ende 2008 wurden dazu in mehrtägigen Akademiefortbildungen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aller Schularten qualifiziert (siehe dazu auch Antwort auf Frage 5). Sie tragen das Thema seither im Rahmen von regionalen und schulnahen Fortbildungen in die Fläche. Im Rahmen von weiteren Akademiefortbildungen und von sogenannten Drehscheibentagen werden die fachlichen und methodisch-didaktischen Kenntnisse dieser Fortbildnerinnen und Fortbildner regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht. Die dafür erforderlichen Ressourcen werden aus den im Staatshaushaltsplan bei Kapitel 0436 Titelgruppe 68 (reguläre Lehrkräftefortbildung) eingestellten Mitteln erbracht.

8. welche Möglichkeiten sie sieht, um die nicht-staatlichen Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit längerfristig zu stärken und wie sie in diesem Zusammenhang die Initiative Inlandsarbeit des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) bewertet;

Das Engagement der nicht-staatlichen Akteure im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungspolitik spielt eine bedeutende Rolle und ist für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg unverzichtbar. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der entwicklungspolitischen Akteure und kooperiert mit ihnen im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten. Eine Verstärkung der finanziellen Förderung über die in den Antworten zu den Fragen zwei, drei und vier aufgeführten Maßnahmen hinaus ist derzeit aufgrund der bereits dargestellten Haushaltslage jedoch nicht möglich.

Die "Initiative Inlandsarbeit" des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO) und der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V. (agl) zielt darauf ab, durch den Einsatz von regionalen Fachpromotorinnen und Fachpromotoren, entwicklungspolitische Initiativen, kirchliche Organisationen, Schulen, Institutionen, Verbände, Politik, Wirtschaft und kommunale Einrichtungen miteinander zu vernetzen, Kampagnen zu entwickeln und durch Service-, Koordinierungs- und Beratungsangebote, die Attraktivität des bürgerschaftlichen Eine-Welt-Engagements zu steigern. Die Landesregierung sieht in dieser Initiative eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten und begrüßt dieses Projekt im Sinne einer Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg.

9. welche Strukturen und Finanzierungsinstrumente und -quellen (inkl. Stiftungen) andere Bundesländer etabliert haben, um Globales Lernen und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Fläche umzusetzen.

Nach Informationen der zum Deutschen Komitee e. V. des World University Services gehörenden Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd werden in den übrigen Bundesländern die Landesmittel, mit Ausnahme in Berlin, unmittelbar von den jeweiligen Ressorts vergeben.

In *Berlin* werden die Landesmittel über die Stiftung Nord-Süd-Brücken vergeben. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken wurde im Oktober 2004 vom Land Berlin mit der Verwaltung der Fördermittel für entwicklungspolitische Projekte von Berliner Nichtregierungsorganisationen beauftragt.

*In den übrigen Bundesländern* gibt es im Rahmen der Landesförderung Mittel für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Rahmen des Zuwendungsrechtes.

Seitens der für die Entwicklungszusammenarbeit federführenden Ressorts werden neben den Eigenmaßnahmen der Ressorts Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen aus den jeweiligen Einzelplänen gewährt.

Die Kultusministerien finanzieren Europa- und UNESCO-Schulen und damit einhergehend auch die Behandlung von Themen des Globalen Lernens mit. Zudem wird das Themenfeld "Globales Lernen" im Rahmen von Lehrerfortbildungsveranstaltungen der Landesinstitute für Lehrerfortbildung (entspricht der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen) behandelt.

Die *Umweltministerien* der Länder unterstützen Träger von Umweltbildung und deren Umweltzentren (als Teil des Globalen Lernens) und finanzieren Veranstaltungen zum Themenfeld der Umweltbildung (als Teil des Globalen Lernens).

Seitens der Wissenschaftsministerien werden im Rahmen der Hochschulfinanzierung Lehrangebote zum Themenfeld "Globales Lernen" bezuschusst.

Die *Innenministerien* finanzieren die Landeszentralen für Politische Bildung und deren Angebote zum Themenfeld "Globales Lernen" oder fördern politische Stiftungen und deren Bildungsangebote zu entwicklungspolitischen Themen.

In den Ländern *Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein* werden aus der Umwelt- und Entwicklungslotterie "BINGO" über die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung Projekte der entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen mitfinanziert.

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen fördert Projekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Die Finanzierung erfolgt aus Erträgen des Stiftungskapitals und aus einer Landeszuweisung aus Erträgen von Lotterien in Nordrhein-Westfalen.

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken fördert aus Erträgen des Stiftungskapitals Projekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen aus *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und aus dem Ostteil Berlins* (aus Mitteln des "Erbes" des Solidaritätskomitees – Stiftungskapital 16,856 Millionen Euro).

Aus *Bundesmitteln* wird die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit über das vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* geförderte Programm der UN-Dekade "Bildung für Nachhaltige Entwicklung", insbesondere im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und der ideellen Anerkennung von Dekaden-Projekte (bisher ca. 1.000 Dekade-Projekte bundesweit) gefördert.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt im Rahmen der Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen die Umsetzung des KMK-Orientierungsrahmens zum Globalen Lernen sowie das Portal "Globales Lernen" (www.globaleslernen.de).

Über das *Bundesministerium des Inneren* werden die Bundeszentrale für Politische Bildung und deren Themenfeld "Entwicklungspolitik" gefördert.

Darüber hinaus liegen der Landesregierung keine weiteren Erkenntnisse zu den Strukturen und Finanzierungsinstrumenten und -quellen anderer Bundesländer vor.

Pfister

Wirtschaftsminister